

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Bank-Konto: Hannover 576 13
Bank-Konto: Essen 241 71

Der Abonnementpreis beträgt durch Post bezogen monatlich 75 Goldpfennig
Anzeigenpreis: Die siebenzeilige Kolonelleile oder deren Raum 100 Goldpfennig



Verantwortlich für den Inhalt: Heinz Limberg, Essen. Druck: A. Hausmann & Co., Bodum. Telefon-Nummern: 88, 89, 98
Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Bodum i. S., Wiemelhauser Straße 24 42. Telegramm: MIVBAND Bodum

Sür den Achttundentag!

Gegen kapitalistische Dogmen. — Rüstet für kommende Kämpfe!

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hat sich für die Einleitung eines Volksentscheides über den Achttundentag entschieden. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion verlangt entsprechend den Beschlüssen der Gewerkschaftskongresse die Ratifizierung des Abkommens von Washington.

Die Arbeitszeitverlängerung, welche die deutschen Unternehmer im letzten Jahre infolge der Inflationsnachwirkung und der dadurch bedingten Schwächung der Gewerkschaften durchsetzten, kann in der erfolgten Verallgemeinerung auf die Dauer von den deutschen Arbeitern nicht getragen werden, wenn sie nicht völlig verelenden wollen. Wenn es sich um Ausnahmen handelte, die durch die Not der Wirtschaft erzwungen, von den Arbeitern als notwendig anerkannt und durch tarifliche Vereinbarungen vorübergehend als Arbeitsstundenarbeit festgesetzt wurden, dann wäre die ganze Entwicklung nicht so gefährlich, wie sie es jetzt ist. Aber wenn irgendwo das Wort gilt: „Reich“ dem Teufel den kleinsten Finger und er nimmt die ganze Hand und frißt den ganzen Kerl“, so gilt es im Reiche des kapitalistischen Profits. Und wenn unsere Unternehmer tausendmal versichern, daß es ihnen nur um den schematischen Achttundentag geht, daß sie den Grundsatz des Achttundentages nicht befechtigen, aber notwendige „Ausnahmen“ erreichen wollten, so wissen die Arbeiter aus der Erfahrung des letzten Jahres, was es mit diesen Ausnahmen auf sich hat. Für Hunderttausende von Arbeitern ist die Arbeitszeit in unerträglicher Weise verlängert worden, für Millionen drohte diese Gefahr, wenn nicht erfreulicherweise die Gewerkschaften in ihrem Kern gesund und stark geblieben wären, so daß sie hoffen dürfen, weitere Attentate auf die Arbeitszeit abzuwehren und bestehende Verschlechterungen wieder zu beseitigen.

Die Entscheidung über diese Fragen fällt in nächster Zukunft. Unternehmern und kapitalistische Regierungen werden alles daran setzen, die Reparationslasten auch durch verlängerte Arbeitszeit auf die Arbeitnehmerschaft abzuwälzen. Die Reichsregierung befindet sich dabei in einer wenig angenehmen Lage. Die Arbeitsminister von Frankreich und England haben angekündigt, daß ihre Länder das Abkommen von Washington ratifizieren werden. Der deutsche Reichsarbeitsminister hat ebenfalls den Gewerkschaftsvertretern gegenüber seine Bereitwilligkeit erklärt, im Reichstag eine Erklärung für die Durchführung des Abkommens von Washington abzugeben. Nach der sozialpolitischen Umkehrung, die der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns seit dem Sommer 1923 vollzogen hat, wiegt für uns ein solches Wort des Arbeitsministers sehr leicht. Wir fragen uns: Will etwa der Herr Minister eine schon gedruckte Erklärung abgeben, um den Volksentscheid abzubrechen, ihn eventuell zu entgehen? Das ist nämlich u. U. der Zweck dieser Erklärung! Mit den Worten des Reichsarbeitsministers im letzten Jahre stehen sozialpolitisch erträgliche, fortschrittliche Erklärungen von ihm im schroffen Widerspruch. Die Gewerkschaften werden sich deshalb von solchen Anbündlungen nicht leiten lassen und die Vorarbeiten für den Volksentscheid kräftig fördern.

Jeder Arbeiter wird sich klar darüber sein, daß das Unternehmertum alle Arnen spritzen, „Gehälter“ und die „öffentliche Meinung“ der von ihm gekauften und ausgehaltenen Presse für sich arbeiten lassen wird, um die „einzige mögliche“ Rettung unserer Wirtschaft durch Arbeitszeitverlängerung zu erzwingen. Im Reichstag stehen nur Sozialdemokraten und Kommunisten fest zum Achttundentag. In entscheidenden Kämpfen versagen zudem die Kommunisten durch Weiterstreben ausschließlicher Kämpfe, Aufstellen unmöglicher Forderungen usw. Im Zentrum findet sich nur eine verhältnismäßig kleine Gruppe, auf die die Arbeiter sich in dieser Frage verlassen können. So energisch die christlich organisierten z. B. die Siebenstundensicht für die Vergleute und das Dreischichtensystem für die Hüttenarbeiter verteidigen, so haben sie doch auch in ihren Reihen Stegerwald und Wieber, die kapitalistische „Staatsmanns“-Kunst für die wirksamste Vertretung von Arbeiterinteressen halten. Dann gibt es bei den Deutschvölkischen noch einige Leute, die vielleicht im Reichstag in diesen Fragen mit den Arbeitervertretern gehen. Alle übrigen Reichstagsboten sind durch Herkunft oder Abhängigkeit dem Kapitalismus mit Haut und Haar verschrieben und wenn die Arbeiter sich auf diesen Reichstag verlassen wollen, dann sind sie verlassen!

Der entscheidende Feldzug der Unternehmer für die soziale Reaktion ist in den letzten Monaten vielfach angekündigt worden. Unser Mainkampf im Bergbau war das Vorpostengefecht. Neuerdings hat die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände zwei Denkschriften herausgegeben, eine über die Frage der Arbeitszeit, die andere über die Lohnpolitik. Beide Arbeiten sind so umfangreich, vielseitig und wichtig, daß sie in einem Artikel nicht gründlich gewürdigt werden können. Man wird noch vielfach daraus zurückkehren müssen. Für heute sei ein erster Blick auf die Denkschrift über die Arbeitszeit geworfen. In ihrem Vorwort lesen wir:

„Die internationale Gewerkschaftsbewegung und die Furcht des Auslandes vor der deutschen Konkurrenz hat bei der letzten Tagung des Internationalen Arbeitsamts in Genf den Versuch gemacht, den Bericht der internationalen Sachverständigen zur Reparationsfrage zu benutzen, um damit auch Einfluss auf die deutsche Sozialpolitik zu gewinnen. Die deutsche Sozialdemokratie und die Gewerkschaften verlangen, gleichfalls im Hinblick auf den Bericht der Sachverständigen, von der deutschen Regierung die Ratifizierung des in Washington bei der ersten internationalen Arbeitskonferenz entworfenen Abkommens über den Achttundentag. Gleichfalls macht sich die sozialdemokratische Partei zum Vorkämpfer für die Feindstaaten, indem sie, unterstützt von den freien Gewerkschaften, den Versuch macht, im Reichstag durch Gesetz die Frage des Achttundentages zum Gegenstand eines Volksentscheides zu machen.“

Es fehlt nicht mehr viel und es heißt von uns wieder: „Vaterlandsloses Gesindel, Agenten des Auslandes“. Dabei ist doch niemand vaterlandslos, niemand mehr Bruder seines Klassen-genossen im Ausland, als der moderne Kapitalist! Die Trabanten der Unternehmer, wie sie z. B. in der „Deutschen Bergwerks-Ztg.“ ihre Wesen treiben, sind natürlich noch offener und frecher. Das Blatt bringt in seiner Nummer vom 2. September einen Artikel: „Das alte Lied“, in dem es gegenüber sehr berechtigten und bescheidenen

scharfsten Schachmacherstandpunkt einnimmt und vom „Ableiern des alten Liedes“ spricht. Der Sirenenesang: „Höhere Bezahlung und kürzere Arbeitszeit“ habe uns doch die Inflation mit all ihren traurigen Folgen gebracht!

Diese Frechheit übersteigt alles erträgliche Maß. Die Arbeiter sind schuld an der Inflation! Sie, die in keinem Zeitpunkt der Inflationsjahre auch nur annähernd an ihre Friedenslohn kommen, die zuletzt für sich und ihre Familien kein Brod mehr am Tische und kein Bettuch im Bett hatten!

Nein, verehrtes Unternehmertum! (fast hätten wir eine Bezeichnung aus dem Reich der Amphibien gewählt): Sei einer nur ganz geringen Dosis Gemeinnutze der deutschen Besitzenden hätte unser Volk nie das Elend der Inflation zu spüren bekommen, wie es tatsächlich der Fall war. Ein wenig Steuererblichkeit, ein wenig Disziplin hätte uns vor Jahren Stabilisierung unserer Währung und damit Vermeidung unlagbaren Elends für unser Volk bringen können! Aber je schlimmer die Inflation, desto mehr verdienten doch unsere Kapitalisten in Industrie, Finanz, Handel und Landwirtschaft! Daß für viele von ihnen diese Weltanschauung eine ebenso falsche Rechnung waren wie der Krieg für die Imperialisten, haben sie erst nachträglich eingesehen.

Gegen den Krieg!

In starren Knäueln, Hauf' an Hauf',
Zerhackt, zerlegt... wozu, warum?
Die Sterne ziehen hoch herauf
Und glitzern kalt und bleiben stumm.

Ein Mitarbeiter der New Yorker „Tribune“ schreibt: „Wir wollen einmal die Toten von Großbritannien, die der Weltkrieg forderte, auf der Fifth Avenue (eine der größten und breitesten Straßen New Yorks) an unseren geistigen Augen vorüberziehen lassen, das beugt mehr als Zahlen. Vor Tagesanbruch brechen sie auf, zwanzig in einer Reihe. Bis zum Sonnenuntergang wandern sie... und den nächsten Tag und den nächsten und den nächsten. Zehn Tage lang ziehen die kritischen Toten vorüber. Es weitere Tage die französischen. Die Russen brauchen fünf Wochen. Zweieinhalb Monate würden erforderlich sein, damit die Toten, die der Weltkrieg von den Alliierten forderte, vorüberziehen würden. Die Toten der Zentralmächte gebrauchen mehr als sechs Wochen. So ziehen die Toten des Krieges vier Monate Tag für Tag, zwanzig in einer Reihe, die Fifth Avenue hinunter...“

Frauen, Mütter! Wollt ihr einen neuen Krieg? Wollt ihr, daß dreieist der Zug der Gemordeten Jahre dauere? Wollt ihr keinen Krieg mehr, dann kämpft gegen den Krieg, kämpft gegen den Militarismus!

Denkt an den Antikriegstag am 21. September!

Bereitet Waffenkundgebungen vor!
Protestiert gegen die Völkerverheerung!
Agitiert gegen kommende Kriege!

Werdet für eine neue, über dem Nordwahn und Wutwahn, über dem Saffschrei und Kackegest stehende Menschheitsidee!

Leider zahlen nicht diese Kreise solche Erkenntnis mit Hunger und Not, wie das Proletariat. Die Denkschrift der Arbeitnehmer erinnert an die verschiedenen Kundgebungen von internationaler und deutscher Seite, in denen die Notwendigkeit und Bereitwilligkeit zu deutscher Mehrarbeit beklundet wurde. Das scheint heute wieder vergessen zu werden. Die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften streben um schematischen Achttundentag zurück, verknüpfen die wirtschaftlichen Verhältnisse, behandeln die Frage agitatorisch, fördern den Willen der Arbeiter zur Mehrarbeit und verlangen den Volksentscheid. Aber von internationaler Betrachtung der Arbeitszeit, Zusammenfassung aller Kräfte des deutschen Volkes zu höchster Arbeitsleistung zusammen mit ungehinderter Zulassung Deutschlands zum Weltmarkt könnten uns wieder zu einem freien Volk machen.

Auf das Material der Denkschrift und seine Bewertung im einzelnen kommen wir noch zurück. Der Gedankengang, von dem die Unternehmer ausgehen, ist bekanntlich der folgende: Deutschland ist durch die Zerrüttung seiner Wirtschaft, die Reparationsbelastung mit so hohen Selbstkosten für seine Produktion befaßt, daß es auf dem Weltmarkt konkurrenzunfähig wird. Deshalb ist es notwendig und liegt im Interesse der Wirtschaft, also auch der Arbeiter, diese Produktionskosten zu ermäßigen, um die Ausfuhr zu steigern, dadurch die Produktion zu beleben und die Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Das kann nur geschehen, wenn die Produktion gesteigert und verbilligt wird durch wenigstens vorübergehende Senkung der Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit. Gegen die zutage tretenden Versuche des Auslandes, gestützt auf die Sachverständigengutachten, kontrollierend oder diktatorisch, Einfluss zu nehmen auf die deutsche Sozialpolitik, müssen sich alle Deutschen wehren. Die Aufrechterhaltung des schematischen Achttundentages in Deutschland ist deshalb unmöglich, mindestens solange die bedeutendsten Auslandsstaaten nicht auch den Achttundentag durchgesetzt haben.“

Diese Unternehmerrausfaffung (die hoffentlich nicht gelegentlich als unsere Auffassung zitiert wird) kann von der Arbeiterschaft nicht

falschen Voraussetzungen geschlußfolgert wird. Dies Dogma geht ganz allgemein von der Auffassung aus, daß die Sozialpolitik und ganz besonders die Verkürzung der Arbeitszeit die Produktionskosten außerordentlich steigere und die betreffende Industrie in ihrer Konkurrenzfähigkeit beeinträchtigt.

Daß diese Auffassung falsch ist, lehrt die Vergangenheit. Die Sozialpolitik im kapitalistischen Zeitalter ist nichts Vergangenes, sondern sie wird notwendig, auch im Interesse der kapitalistischen Wirtschaft, durch die Verheerungen, die ungehemmte kapitalistische Ausbeutung an der Volkstraft und damit der Produktionsfähigkeit anrichtet. Der Achttundentag war schon vor dem Kriege in Deutschland für viele Arbeiter durchgesetzt und einzelne große Betriebe, die ihn abweichend von der Arbeitszeit in ihren Betrieben durchführten, machten gute Erfahrungen damit. Bekannt sind für diesen Fall die Erfahrungen im Bergbau in Jena, bei Henze & Blanker-Verlin usw. Als Henze & Blanker einmal verkehrslos vom Achttundentag wieder zum Neunstundentag zurückkehrten, zeigte sich 11 Tage lang eine Steigerung des Arbeitsergebnisses, dann sank das Ergebnis der neun Stunden wieder auf das der acht Stunden. Eine Verlängerung der Arbeitszeit über ein gewisses Maß hinaus rächt sich durch einen automatischen Rückgang des Arbeitsergebnisses.

Von dem Rückgang der Produktion wurde auch dem Krieg nicht nur Deutschland, sondern die ganze Welt betroffen. In Deutschland wurde nicht nur die Industrie davon betroffen, die den Achttundentag neu einführt, sondern auch die Betriebe, die ihn schon lange hatten. Das Zeitwert berichtete Oktober 1920 an Prof. Wolf (Der Achttundentag, Seite 120), daß die Leistung gegenüber der Vorkriegszeit um 15 Prozent zurückgegangen sei. Ähnlich berichteten Henze & Blanker. Der Rückgang ist ungefähr so groß, wie ihn auch andere große Betriebe nach Einführung des Achttundentages melden. Daraus ist zu schließen, daß dieser Rückgang wenigstens zu einem großen Teil auf andere leistungsvermindernde Faktoren zurückzuführen ist.

Der Krieg hat die Arbeitskraft der Bevölkerung ungeheuer nachteilig beeinflusst. Überdies und selbst war das Volk zerrüttet. Es wurden in Deutschland verbraucht pro Kopf und Jahr (in Milligramm):

	1913	1922	Abnahme in %
Freigetrotte	29,1	18,1	27,3
Fleisch	19	29,6	39,6
Butter	6,8	1,2	38

Milch bekam Berlin vor dem Krieg ein halbes Liter pro Kopf, Anfang 1923 ein neuntes Liter, November 1923 ein halbes achtel Liter. Die Tuberkulosesterblichkeit war 1922 um 5 Prozent, 1923 um 13 Prozent höher als 1921!

Ueber die Notlage der Bevölkerung, die Gesundheitsverhältnisse, die Verteilungsnorm, die gesunkene Manufaktur der Bevölkerung usw. gibt die Broschüre „Die sozialen Notstände in Deutschland“, die vom Zentralausschuß für Auslandshilfe unter Mitwirkung der Reichsregierung im Ausland verbreitet wird, erschütterndes Material. Diese Notlage ist die tiefere Ursache, daß das Arbeitergebnis in Deutschland außerordentlich gesunken ist.

Eine Steigerung und Verbilligung der Produktion halten nun die Unternehmer nur magisch durch Lohnsenkung und Arbeitszeitverlängerung. Nur dadurch, behaupten sie, kann selbst für den Preis vorübergehend steigende Arbeitslosigkeit die Ausfuhr gesteigert und die deutsche Wirtschaft zur Gesundung gebracht werden. Wir sind der Meinung, daß Lohnsenkung und Arbeitszeitverkürzung die Mittel sind, die durch Steigerung der Manufaktur des eigenen Volkes die Produktion beleben, und das halten wir für eine der wichtigsten Aufgaben unserer Zeit. Jetzt verelendet das Volk bei niedrigen Löhnen, sturzarbeit und Arbeitslosigkeit. In Amerika hat man, der Not gehorchend, diese Uebel auf dem von uns angebotenen Wege nur überwunden. Kleingeld Arbeitslosigkeit und Ausfuhrückgang infolge der mangelnden Manufaktur der kaltaarmen Länder drückte Amerika. Intensive Verbesserung der Technik und starke Lohnsenkungen (die Vergleute haben noch heute vertraglich den höchsten Kriegslohn!) waren das Mittel, die Aufnahmefähigkeit des inneren Marktes so zu steigern, daß der Ausfuhrückgang dadurch fast weggemacht wurde. Der amerikanische Arbeiter bekommt nicht nur einen Existenzminimumlohn, sondern einen Lohn, der ihm im weiten Umfang gestattet, als Kulturmenschen zu leben. Wie wir in Prag erfahren, gibt es Vergewaltigungen, in denen die Hälfte der Vergleute und mehr im eigenen Kleinauto zur Grube fährt!

Aber auch die Behauptung, daß der Achttundentag Konkurrenzunfähigkeit gegenüber dem Auslande mache, stimmt nicht. Die Schweiz hat durch Volksabstimmung den Achttundentag beibehalten. Das war nach schweizerischer kapitalistischer Auffassung der Tod der Industrie, der Tod der Ausfuhr. Und was sehen wir? Zur Zeit der Volksabstimmung stand die schweizerische Ausfuhr 30 bis 40 Prozent unter dem Friedensstand, seitdem ist trotz des Achttundentages die Arbeitslosigkeit fast zurückgegangen und die Ausfuhr hat fast den Friedensstand erreicht.

In Deutschland liegen die Verhältnisse natürlich nicht so einfach wegen der Belastung durch die Reparationen. Die Arbeiterschaft hat sich hier aber zunächst auf den Standpunkt zu stellen: Wer schuld ist an dieser Entwicklung, soll in erster Linie ihre Lasten tragen! Schuld sind in erster Linie unsere Kapitalisten in Industrie, Finanz, Handel und Landwirtschaft. Sie förderte die Scheinblüte der Wirtschaft durch die Inflation, sie unterbanden frühzeitige Gesundung durch Steuerabgabe und Inflationsgewinne. Sie veranlaßten ihr Betriebskapital in Produktionskapital, das sie zum Teil im Ausland anlegten, soweit sie es nicht in Waren verdeckten. Sie provozierten gewisslos die Finanzkrise, den Kreditmangel, unter dem wir seit der Stabilisierung leiden.

Wenn es nach Industrie und Handel gegangen wäre, dann säßen wir schon wieder mitten in der tollsten Inflation. Anfall sich nach der Stabilisierung von Warenbeschaffen zu trennen, wenn auch mit

Die bolschewistische Agitationmethode am Branger.

Die zerkleinernde Tätigkeit der KPD. während der Bergarbeiterkämpfe im Mai 1924 — Bilder namenloser Scham, blutiger und gewissenloser Propaganda.

betrag der Goldwert der von der Reichsbank gewährten Kredite 40 Millionen Goldmark, Ende Dezember 591 Millionen, am 8. April 2 Milliarden! Hier sperrte Schacht ungeschaltet des Gegeters aller betroffenen Kreise den Reichsbankkredit über diesen Betrag hinaus und rettete uns damit vor neuer Inflation. Leider ließ man nicht ungestört bankrott gehen, was bankrott sein mußte, sondern verschleierte diese Notwendigkeit durch die Geschäftsaufficht. Die Frankenspekulation, an der sich kleine und große Firmen beteiligten, betrug die deutsche Wirtschaft um 300 bis 400 Millionen Goldmark in einer Zeit, wo Geld und Kredit im Lande nötiger denn je gebraucht wurden. Die Zinsen von zeitweise 60, 80 Proz. und mehr waren die Folge solcher verrückten Wirtschaft. Die Folgen trugen die Arbeiter durch Arbeitslosigkeit, da solche Kreditzinsen vielfach nicht bezahlt werden konnten.

Den Leerlauf in der Wirtschaft zu befeitigen, technisch und betriebsorganisatorisch zu verbessern, Ueberarbeit zu leisten, wo sie zeitweise wirklich nicht zu umgehen ist, das sind Aufgaben, an denen auch die Arbeiterschaft mithelfen kann, wenn man sie respektiert als das, was sie ist: der wichtigste Teil der Produktionskraft des Volkes! Das geschieht heute nicht. Diese Achtung und dementsprechendes Handeln ist Vorbedingung für die wirtschaftliche Gesundung. Produktionssteigerung und Verbilligung ist in weitem Umfang möglich, wenn ohne Rücksicht auf kapitalistischen Profit unsere Wirtschaft umorganisiert wird. Verhindert man das, so trage man die Folgen, die unausbleibliche schwere Wirtschaftskämpfe haben müssen.

Die Arbeiterschaft richte sich auf diese Kämpfe ein! Wenn sie die Kämpfe der letzten Zeit überblickt, die zum großen Teil gelungenen Abwehr der Vergleite, der Werftarbeiter, der Buchdrucker, darf sie die Hoffnung haben, daß sie die Gesundung der Wirtschaft erzwingt ohne dauernde Verlesung der Arbeiterklasse!

Der Grubenarbeiterstreik im Borinage.

Ueber den Streik der Grubenarbeiter im belgischen Kohlenrevier des Borinage erhalten wir von unserem belgischen Mitarbeiter J. S. nachfolgende anschauliche Schilderung: Brüssel, 4. September.

Zeit bald drei Wochen stehen alle Belegschaften eines der größten belgischen Kohlenreviere, des Borinage, im Generalstreik. Der Kampf wurde auf Grund einer Urabstimmung der Bergarbeiter des Reviers beschlossen, an der 55 Prozent aller Arbeiter teilnahmen und von denen 75 Prozent für den Generalstreik stimmten. Diese Zahlen deuten schon an, daß die große Masse der Arbeiterschaft den Kampf als unvermeidlich empfand. In der Tat ist er eine Folge der Provokation von Seiten der Grubenherren des Reviers, die entgegen allen seit dem Waffenstillstand in Belgien bestehenden Gepflogenheiten und trotz der steigenden Lebenshaltungskosten die Löhne eigenmächtig um 5 bis 10 Prozent herabsenkten. Die bis dahin gültigen Löhne ruhten auf Entscheidungen der paritätischen Schlichtungskommission des Reviers, und dies ist der erste Fall dafür, daß die Unternehmer derart festgesetzte Löhne eigenmächtig und ohne Anrufung der Schlichtungskommission reduzierten. Die Arbeiter haben denn auch das Empfinden, daß es die Unternehmer des Reviers auf nichts geringeres als die völlige Abschaffung des Schlichtungswesens abgesehen haben und wieder, wie in der guten alten Zeit vor dem Kriege, Herr im eigenen Hause werden wollen. Daher die Festigkeit des Kampfes.

Die Unternehmer berufen sich auf die schlechte Marktlage, die auf die englische und deutsche Konkurrenz zurückzuführen sein soll. Die Arbeiter erklären diese Klagen für übertrieben. Um ihr Entgegenkommen zu beweisen, haben die Arbeiter bei der nationalen Kohlenerschlichtungskommission eine Enquete über die Marktlage vorgeschlagen und sich bereit erklärt, bis zum Abschluß der Untersuchung die Arbeit wieder aufzunehmen, vorausgesetzt, daß die Unternehmer bis dahin die Lohnreduktion zurückziehen. Der Vorschlag wurde aber von den Unternehmern des Borinage zurückgewiesen, und zwar trotzdem die Unternehmer aller anderen Reviere mit den Arbeitervertretern dafür stimmten.

Der Kampf geht also weiter. Der Streik ist, wie gesagt, allgemein in allen Gruben des Reviers, das rund 37 000 Bergarbeiter beschäftigt. Streikbruch kommt nur ganz selten und vereinzelt vor. Anfangs versuchten die Unternehmer, einen Teil der ausländischen Arbeiter, von denen über 2000 im Revier beschäftigt sind, zum Streikbruch zu gewinnen, aber ohne Erfolg. In einer Grube in Hautrages gelang es den Unternehmern, 150 Polen zum Streikbruch zu bewegen, aber auch diese legten nach einer am letzten Sonntag abgehaltenen Versammlung die Arbeit nieder.

Der Kampf droht sich zu verschärfen, und zwar aus zwei Gründen. Einmal wegen des provokatorischen Verhaltens der Gendarmen, das einen sonst in musterhafter Ordnung und Ruhe geführten Lohnkampf fast zu einem gewalttätigen Konflikt zwischen Arbeitern und der bewaffneten Macht entarten ließ. Eine Protestversammlung von etwa 30 sozialdemokratischen Bürgermeistern des Kohlenreviers hatte aber schließlich doch die Wirkung, daß die Gendarmen sich mäßigte, und gestern versprach der Justizminister einer Deputation von sozialistischen Kammerdeputierten und Senatoren aus dem Revier, in ähnlichem Sinne zu wirken.

Der zweite Grund für die Verschärfung der Lage liegt in der Frage der Arbeit zur Instandhaltung der Gruben während des Streiks. Nach dem Befehle werden die Arbeiter zu diesen Leistungen von der Behörde requiriert. Im gegenwärtigen Falle geschieht das aber auf Grund einer von den Unternehmern vorgeschlagenen Liste, die ausschließlich darauf hinzielt, die Arbeiter zu provozieren oder womöglich einzelne in der Gewerkschaftsbewegung besonders aktive Knappen bei ihren Kameraden zu diskreditieren. Um diesem Unfug ein Ende zu machen, hat der Diktatorverband gefordert, daß die Requisitionen im Einvernehmen mit ihm vorgenommen werden sollen. Das wurde von den Unternehmern scharf abgelehnt, worauf die Arbeiter den Streik auch auf die Instandhaltungsarbeiten ausdehnten. Schon droht mehreren Gruben ernste Gefahr des Erlausens, und wenn es zu keinem Vergleich kommt, dann ist eine Reihe von Katastrophen nicht ausgeschlossen.

Wenn die Unternehmer nicht nachgeben, kann sich der Kampf noch lange hinziehen. Die Arbeiter sind entschlossen, musterzünftig diszipliniert und wirtschaftlich verhältnismäßig sanftmütig zu sein. Sie haben die volle Unterstützung des belgischen Bergarbeiterverbandes, der beschlossen hat, wenn nötig, den Generalstreik auf das ganze Land auszuweiten. Auf der anderen Seite zeigt sich bei den Unternehmern schon eine gewisse Unsicherheit, die Stock gehen allmählich aus und die Sympathie des Publikums ist auf Seiten der Arbeiter. Die in Belgien bedeutungslos und am Wohl verschwindenden Kommunisten haben natürlich versucht, bei dem Kampf politische Geschäfte zu machen, aber durchgängig ohne Erfolg. Ihre Versammlungen werden von den Streikenden nicht besucht.

Recht bemerkenswert ist die Art, wie die wenigen Streikbrecher und Gelben behandelt werden. Die angeborene Feindschaft und der Haß zu Feindschaften des belgischen Volkes verbindet sich hier mit dem Biß, womit dieses Volk in jahrhundertlanger Fremdherrschaft seine politischen Kämpfe zu führen gelernt hat. Den Gelben wird kein Haß geschenkt. Sie werden beim Schlichtungsschluß von Hunderten von Arbeitern und Arbeiterinnen mit Trommeln, Pauken und Trompeten von der Grube abgeholt, der Festzug setzt sich in Bewegung und auf dem besten längsten Wege wird der blumenbekränzte und zum „König“ ausgerufenen Gelbe tanzend nach Hause geleitet. Erwidert die erste Tänzerin, dann wird sie sofort von einer zweiten abgelöst, deren verführerischer Einleitung der „König“ nicht widerstehen kann, er muß weiter tanzen. Wie es scheint, läßt diese Behandlung auf die Gelben eine mehr harte und etablierte Wirkung aus, als manches weniger heitere Verfahren. Bei

Zwischen Unternehmern und Bergarbeitern tobten während des Monats Mai in den belgischen Bergbaubezirken erbitterte Kämpfe. Die schwerindustriellen Unternehmer des Bergbaues versuchten als Vortrupp der gesamten deutschen Arbeiterschaft den Bergarbeitern eine Arbeitszeit aufzuzwingen, die letzten Endes dazu führen mußte, den Kampf um den Achtstundentag in Deutschland auf lange Zeit zugunsten der sozialpolitischen Arbeitgeberreaktion zu entscheiden.

In atmenloser Spannung verfolgte damals die deutsche und auch die außerdeutsche Arbeiterschaft den Verlauf der gigantischen Auseinandersetzungen. Den Bergarbeitern gelang es, den Vorstoß der Unternehmer abzuwehren und die prinzipielle Anerkennung der Siebenstundentage für die Bergarbeiter unter Tage zu erzwingen.

Ueber die Ursachen, den Verlauf und die Ergebnisse dieser Kämpfe hat der Vorstand des Bergarbeiterverbandes eine Broschüre herausgegeben, die einen tiefen Einblick in das Wesen der damaligen Auseinandersetzungen gewährt. Vor den Augen der breiten Öffentlichkeit zeigt sich, mit welchem Heroismus die Bergarbeiter damals die Interessen der gesamten Arbeiterschaft gegen den Unternehmersturm verteidigt haben. In erblinder Wucht hat sich aber auch das Material über den Feind der Bergarbeiter im eigenen Lager, die gewissenlosen, ägären Propaganda der moskowitzischen Kapitalshelfer gestaltet. Der Kampf der Bergarbeiter im Mai d. J. erhält nach Kenntnisnahme dieses zwingenden Materials eine geradezu dramatische Bedeutung.

Während der erbitterten Abwehr gegen die übermächtigen, machthungrigen Bergbauunternehmer mühten die Gewerkschaften noch Kräfte frei machen, um den gefährlichsten Feind der Arbeiterklasse, die Uneinigkeit und Spietracht, das Mißtrauen und die gegenseitige Zerkleinerung zu bannen.

Aus dem Hinterhalt organisierte die KPD. den Lügen- und Verleumdungskampf gegen die Gewerkschaften, vor allem aber gegen den Bergarbeiterverband, mit einer Meisterhaftigkeit, die wahrhaft einer besseren Sache hätte dienlich gemacht werden können. Es war, als ob die Hölle die Porten der Schmähsucht geöffnet hätte. Die kommunistische Beschimpfungsstrategie artete zu einer wahren Sintflut ägärer Verleumdungskunst aus.

In einer einzigen kommunistischen Zeitung, dem „Ruhr-Echo“, wurden im Verlaufe einer eng begrenzten Zeit gegenüber den Gewerkschaftsführern 467 mal die Worte Verräter, Kapitalhelfer, Lumpenpud, Strohdick, Judasse, Reformistenrecht, Schurken, verwerfene Subjekte usw. gebraucht.

Die Nordhefte der KPD. gegen die Führer der Abwehrbewegung wird immer eins der schändlichsten Kapitel der neunkommunistischen Geschichte bilden. Aus dem zur Verfügung stehenden überreichen Material können hier nur einige Beispiele angeführt werden:

An den Straßenenden wurden Maueranschläge gemacht, die letzten Endes keinen anderen Zweck hatten, als die niedrigsten Leidenschaften in den durch die Schwerk des Kampfes erbitterten Bergarbeitermassen zu erwecken. Systematisch wurde von der KPD. versucht, diese Leidenschaften gegen die Verbandsführer zu entfachen. Die Maueranschläge nannte man „Telegramme“.

Nachdem der Öffentlichkeit die ablehnende Stellungnahme der Bergarbeiterverbände zum Berliner Verhandlungsergebnis vom 16. Mai längst bekannt war und die einstimmigen Beschlüsse der Revierkonferenzen in allen Zeitungen veröffentlicht waren, entblödete sich die kommunistische Nordbezirkszentrale nicht, am 18. und 19. Mai ein „Telegramm“ (Nr. 5) an die Straßenmauer zu heften, in dem es u. a. heißt:

Der Ruhrhandel in Berlin über Arbeitszeit und Löhne der Kumpels ist von Ministern, Zeichenbesitzern, Direktoren, Staatskommissaren, Ministerialdirektoren und ausgelassenen Arbeitsgemeinschaften zum Abschluß gebracht. Diese Leute haben Beschlüsse gefaßt, die den Verlust der Siebenstundentage auf Monate und Jahre hinaus bedeuten... Die Kumpels müssen sofort große Protestkundgebungen veranstalten gegen die durch die Arbeitsgemeinschaften gebilligten Unterjuchungspläne der Ausbeuter!!!

Wo die Verräter sich zeigen... Haut sie in die Presse! Rednet mit dem Gefindel ab... Schlagt die Verräter nieder, wo ihr sie findet!

Aus dem Sumpf niedrigster Schmähsucht und gemeinsten Nordhefte kamen geradezu groteske Gebilde infernalischer Wut gegen die Verbandsführer zutage.

Selbst das Himmelsrot der Dichter, der Pegasus, wurde von den Strauchrittern der politischen Gemeinheit besiegt. Was dabei zum Vorschein kam, war so hochheuchelnd lächerlich und kläglich, zeugte von einer so unfassbaren Geistesarmut, daß selbst eingeschriebene Mitglieder der KPD. sich entsetzt von diesem Treiben abwanden.

Einige Stichproben nur aus dem Kranz der moskowitzischen „Poetik“ zur Kennzeichnung dieser Methode:

„Schreit nicht so laut!
Den Schiedsspruch hat man ausgeheckt,
Den Unternehmern... gelacht,
Und schreit aus voller Brust:
„Ein Sieg! O welche Lust!“
—
Und schätzen euch tausende Gefolge;
Trotz wütender Kommunisten-Hege
Wird des Arbeiters mächtige Welle
Euch gerben die zottigen Felle.“
(„Ruhr-Echo“, Nr. 53 vom 5. Juni 1924.)

Daß diese geradezu krankhafte Hege gewissen pervertierten Neigungen verdrückt geworden und nur noch pathologisch zu verstehenden kommunistischen Schreiblingen entsprang, zeigte eine prosaisch-phantastische Schilderung der „Eiergattung“, „Reformisten“ in derselben Nummer des „Ruhr-Echo“ vom 5. Juni 1924. In einer Schilderung, die unterzeichnet wurde vom „Naturlehrer Kelle“, heißt es u. a.:

„Der Reformist gehört dem Wesen nach zu den Ariehtieren... Seine Nahrung ist grundverschieden von der der anderen Reptilien. Hauptnahrung währt er sich durch Sprichwörter. Seine Eier darnach ist so groß, daß er, wenn gerade kein Speichel zu finden ist, auch Stiefelsohlen und den „Bodek“ abknabst.“

Bis zur letzten Nordhefte verließ sich ein „Dichter“, dessen Geistesprodukt in der Nr. 56 des „Ruhr-Echo“ vom 8. Juni 1924 veröffentlicht wurde. Es heißt da:

„Den Verräter!
Besucht sich ihr zu jeder Stunde,
Besucht in alle Ewigkeit.
Erschlagen soll was euch, wie ränd'ge Hunde,
Denn auch den Boden säubern weit und breit!“

Dieser Appell an die niedrigsten Leidenschaften der Menschen bildet in fortwährender Wiederholung und lautenstimmiger Variation das A und O der kommunistischen Agitationskunst. Er bildet letzten Endes den einzigen Kraftaufwand, den die Vertreter der Moskauer Gewerkschaftslinie während dieses schmerzlichen und mit so vielen Opfern ver-

ob dieser geradezu tierisch-gemeinen Propagandatätigkeit der KPD. ein Gefühl des Ecks und des Grauens.

Auch die allgemeine Propaganda der KPD. war auf das Niveau des Totschlagers eingestellt. Den Kampf der Arbeiterklasse um die Verteidigung ihrer Lebensrechte glaubten die geradezu furchtbarsten Parteiführer an der Spitze der Union unter dem Gesichtspunkte gewalttätiger Abfänge führen zu können.

In einem „Telegramm“, das am 12. Mai 1924 herausgegeben wurde, gab man unter der Parole:

„Mit Hacken und Hämmern schlägt die Ausbeuter nieder!“
unter anderem folgende Anweisungen:
Täglich müssen Massendemonstrationen unter den Augen der kapitalistischen Zeitwächter, Blutsauger und Gauner stattfinden.“

Trotzdem die den Kampf führenden Organisationen aus ganz selbstverständlichen Gründen der Selbsterhaltung die Durchführung der Notstandsarbeiten für notwendig erklärten, wendete sich die kommunistische Propaganda dagegen und bezeichnete alle Notstandsarbeiter als Streikbrecher. Deshalb hieß es denn auch in dem schon genannten „Telegramm“ vom 12. Mai 1924 u. a.:

„... Darum befehlt zuerst alle Streikbrecher, und wenn sie für sich ihr schmutziges Geschäft weiterreiben, dann schlägt ihnen die Knochen entzwei, damit sie im Hospital über ihre Gemeinheit nachdenken können!“

Wie rücksichtslos diese Elemente aber mit dem Leben, dem Wohl und Wehe der Ruhrbergarbeiter umgingen, zeigte ihre Agitation für Zusammenhänge mit der bewaffneten Macht. Diese verantwortungslose Propaganda mutete wie das bis zur größten Raffinesse und mit der verbrecherischen Kaltblütigkeit eingeschaltete Spiel blutiger „Agents provocateurs“ allergrößten Formats an. Unter der Ueberschrift:

„Proletarische Hundstrecken heraus!“

wurden im „Telegramm“ vom 16. Mai die Bergarbeiter aufgefordert, „eiserne Kampfabres“ zu bilden. Es heißt da u. a.:

„... Die in Hundstrecken zusammengeschlossenen Kumpels müssen ebenfalls daran gehen, sich zu bewaffnen. Die blaue Polizei führt täglich die besten Revolver spazieren. Sie gehören in die Hände der Arbeiterklasse... Die Bourgeoisie hat Waffen in ihren Wohnungen versteckt. Holt sie heraus, durchsucht die Wohnungen der Kapitalisten nach Waffen...“

Wer keine Schusswaffe hat, muß mit der Spitzhade gegen die Ausbeuter und ihre Banditen kämpfen. Der Jesuitenpater Jungbluth vom Zentrum schrieb vor kurzem, jede Schachanlage im Ruhrgebiet sei der Aufmarschplatz für eine rote Armee mit Hacken und Hämmern. Macht diese Worte wahr!...

Daß dieser „bewaffnete Kampf“, diese von Wahnsinn gewordenen Partionettenfiguren geprägte „revolutionäre“ Form der Auseinandersetzungen nicht nur gegen die blaue Polizei (die sich zum Teil aus alten und zuverlässigen Gewerkschaftlern zusammensetzt) (V. Verf.), sondern auch gegen die Besatzungstruppen geführt werden sollte, kam auf dem am 18. Mai in Bochum stattgefundenen Betriebsrätekongress der Union zum Ausdruck. Dort erklärte eine als Vertreter der KPD-Zentrale anwesende und unter dem wahrscheinlich fingierten Namen Schmidt wirkende Persönlichkeit u. a.:

„Ihr müßt demonstrieren ohne Rücksicht, ob ihr mit der Polizei oder der Besatzungsbehörde zusammenstößt.“

Mit diesen Proben ist aber der ganze ungeheuerliche, teuflische Sinn dieser wahrhaft grauenregenden Schlichteragitation noch gar nicht vollständig gekennzeichnet. Hören wir, wie sich die Schenkale eine derartigen Maschinenengewehren und Feuerwaffen der Besatzungstruppen gegenüberstellte Demonstration ausmalten.

In der Nr. 61 des „Ruhr-Echo“ vom 15. Juni 1924 heißt es u. a.:

„Große Demonstrationen der Streikenden müssen stets gemeinsam mit den Arbeitlosen abgehalten werden... Es empfiehlt sich, mit Frauen und Kindern zu demonstrieren...“

Das „Ruhr-Echo“ vom 31. Mai 1924 veröffentlicht in seiner Nr. 49 einen Aufruf:

Bergarbeiterfrauen!
betitelt. Es heißt da u. a.:

„Bleibt vor die Zehentore! Laßt niemand herein! Nieder mit allen Streikbrechern! Weht auf die Straßen mit euren Kindern, fordert Sicherung der Ernährung, demonstrieret für Fortsetzung des Kampfes!“

Ueber den Streik in Obereschaffen schrieb das „Ruhr-Echo“ in seiner Nr. 48 vom 29. Mai 1924, um die Ruhrbergarbeiter zur Nachlieferung anzuspornen, u. a. folgendes:

„... Fortgesetzt finden Demonstrationen statt. Die Frauen mit ihren Kindern auf den Armen marschieren an der Spitze, sie schlagen die Leuchtende Rotlichte mit Kaffeekannen nieder. Die Schups ist trotz Verstärkungen machtlos...“

Zur Freitag, den 30. Mai, hatte die „Zentralstreikleitung“ des Ruhrgebietes zu Massendemonstrationen gegen die „Bourgeoisie“ und deren „Gandlanger“ aufgerufen. In einem Aufruf des „Ruhr-Echo“ vom 29. Mai 1924 heißt es:

„An alle Frauen ergeht der Ruf: Heraus auf die Straße mit euren Kindern am 30. Mai!“

Die Gasarbeits des Spielens mit dem Bürgerkrieg zögerten also keinen Augenblick, vor den Gewehren der Besatzungstruppen unschuldige Frauen und Kinder aufmarschieren zu lassen. Diese unaussprechlich verwerfene Spekulation und im Straßentamp geätzten Frauen zur Belegung der kommunistischen Parteipropaganda sieht in der Geschichte einzig da. Man erinnert sich unwillkürlich der Handlungen barbarischer Kriegerführer, die, um den Feind zu überrumpeln, dessen Frauen und Kinder beim Sturm vor ihren Reihen hertrieben. Immer wieder bewahrheitet sich das Wort: „Moskau braucht Leichen zur Durchführung seiner politischen Ziele!“

Die kommunistische Genersarbeit an den Lebensinteressen des Proletariats zeigte sich in diesen Kämpfen in so unbestechlicher Klarheit, daß selbst in dem verbohrtesten Sinn der Gedanke des Abscheues über die verbrecherische Tätigkeit der moskowitzischen Putsch- und Verleumdungszentrale aufsteigen muß.

Die Propaganda des Bergarbeiterverbandes stellt eine glänzende Abrechnung mit der widerwärtigen kommunistischen Propaganda dar und zwingt die bolschewistische Agitationmethode an den Platz, wo sie hingehört: an den Branger!

Die Schrift: „Unternehmer und Kommunisten während der Bergarbeiterkämpfe im Mai 1924“ betitelt, wird an alle Gewerkschaftsmitglieder, also auch an unsere Kameraden, zu einem Preise von 40 Pf. abgegeben. Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und die Firma G. Hansmann & Co., Bochum, Wemelsdaufer Straße 38/42, entgegen.

Kameraden! Vertieft eure Kenntnis, euer Wissen! Bestellt sofort die Broschüre!

Die neueren Zechenstilllegungen an der Ruhr.

Im Oktober v. J. wurden bereits eine Anzahl kleinerer Zechen stillgelegt. Weitere Stilllegungen erfolgten nach der Maiauswertung dieses Jahres. Von den Stilllegungen wurden teils kleinere, teils mittlere Betriebe betroffen. Insgesamt dürften ungefähr 23 Zechen, unter denen sich einige Stollenbetriebe befinden, still liegen. Unter den als ganz oder teilweise zur Stilllegung angemeldeten Zechenanlagen befinden sich jedoch auch Zechen mit je 1000 bis 1700 Mann Belegschaftsstärke. Als die weitaus wichtigsten Zechen sind zu nennen die Zechen: Alte Haase mit drei Schachtanlagen, Herbeder Steinkohlenbergwerke, Schürbank und Charlottenburg, Margarethe, Hamburg, Franziska und Wendahlbank. Die Zahl der auf diesen Zechen beschäftigten Bergarbeiter dürfte sich auf 12- bis 15 000 belaufen. Zu den vollständig still liegenden Zechen gehören u. a. Wendahlbank, Franziska und Hamburg, die allein eine Belegschaft von ungefähr 3700 Mann haben. Nur ein geringer Prozentsatz der durch die Stilllegung arbeitslos werden den Bergleute kann auf den angrenzenden Zechen angelegt werden. Für viele dieser noch verhältnismäßig glücklicheren Bergarbeiter bedeutet das einen langen und oft beschwerlichen Weg. Der überwiegende Teil der abgelegten Belegschaften wird die liegendene Scholle verlassen müssen und, falls es die Wohnungsverhältnisse gestatten, mit großen Unkosten Wohnsitze in der Nähe neuer Arbeitsstellen anlegen. Die Übernahme von Arbeit ist in diesem Falle jedoch mit der Möglichkeit der Wohnungsbeschaffung, die sehr bescheiden ist, begrenzt. Die vorhandenen Wohnungen für verheiratete Bergarbeiter in Frage kommen. Aber auch die ledigen Leute sind nicht davon erlöst, in den Ledigenheimen, die oft sehr zu wünschen übrig lassen, untergebracht zu werden. Das Familienleben der davon betroffenen Bergarbeiter wird durch schlechte und ungenügende Wohnungsverhältnisse oder, wenn der Familienvater gar von der Familie getrennt wohnen und leben muß, sehr beeinträchtigt. Und was wird aus denen, die weder Arbeit noch Wohnung in anderen Bezirken bekommen? Die Ueberweisung in die Erwerbslosenfürsorge bedeutet infolge der unzulänglichen Unterstützungsfälle einen geradezu untröstlichen Zustand.

Damit dürften die Schäden, die durch die Stilllegungen eintreten, nur zum Teil ausgeglichen sein. Auf der einen Seite Wohnungsnot, auf der anderen Seite wird sich ein Wohnungsüberschuß infolge der verziehenden Bergarbeiter ergeben. Die Finanzverhältnisse der in Frage kommenden Kommunen sind durch die ungeheuren Kosten, die sie zu tragen haben, ohnehin so schwer, daß sie eine weitere Belastung nicht tragen können. Durch den entstehenden Ausschlag an Steuern wird die Existenz mancher Gemeinde in Frage gestellt. Die kulturellen Bedürfnisse müssen eingeschränkt oder gar auf lange Zeit zurückgestellt werden. Die Kommunen müssen außerordentliche Anstrengungen machen, um die Gelder aufzubringen, die den Erwerbslosen als Zuschüsse zu zahlen sind. Mancher Gewerbetreibende und Handwerker wird dadurch ebenfalls gezwungen, seinen Wohnsitz zu verlegen oder gar seine Existenz zu verlieren. Arbeitslosigkeit, Not und Elend sowie Verdammnis und Verwahrlosung von blühenden Gemeinden müssen die Folgen der beschriebenen und bereits in die Tat umgesetzten Zechenstilllegungen sein.

Da muß doch die Frage in der breitesten Öffentlichkeit aufgerollt werden, mit welchen schädlichen Argumenten diese ungeheuerliche Wohnnahme begründet wird. Es laucht die Frage auf, wie dieses uns drohende Unglück verhütet werden kann. Der Bergarbeiterverband hat bereits am 25. Juni durch Eingaben an den Reichsstaatsrat und an das Oberbergamt in Dortmund auf die Gefahren, die durch die Zechenstilllegungen entstehen, hingewiesen und ein Eingreifen der zuständigen Stellen gefordert. Das Landesministerium hat das Oberbergamt und den Bergwerkspräsidenten angewiesen, zu untersuchen, welche Umstände die im südlichen Ruhrbergbau zu beobachtenden Betriebsbeschränkungen und Stilllegungen bedingen und auf welchem Wege die dadurch für die Allgemeinheit drohenden Nachteile nach Möglichkeit gemindert werden können. Die erste diesbezügliche Untersuchung fand auf der Zeche Alte Haase statt. Es folgte dann die Untersuchung für die Zechen Wendahlbank, Franziska und Hamburg. Die Zechenvertreter begründeten allgemein die von ihnen getroffenen Maßnahmen mit Kreditnot, Produktions- und Absatzkrise. Es soll nicht bestritten werden, daß der rheinisch-westfälische Bergbau, insbesondere die südlichen Randzechen, unter den ungünstigsten Schwierigkeiten sowohl bei der Kreditbeschaffung als auch der Regelung des Absatzes dastehen. Was die Produktion betrifft, so ist allgemein anerkannt, daß die Friedensleistung bis auf 3 Prozent erreicht ist. Es gibt jedoch auch eine ganze Anzahl Zechen, die weit über die Friedensleistung hinaus produzieren. Dort, wo wirklich noch die Leistung zu wünschen übrig läßt, müssen Mittel und Wege gesucht werden, um die vorhandenen Mängel zu beheben. Es kann nicht angehen und wird auch den erwünschten Erfolg nicht zeitigen, wenn die Zechenbesitzer glauben, durch Antreiben oder Entrechtung der Betriebsräte die Produktion zu heben. Dasselbe trifft zu auf das Bestreben, die Arbeitszeit zu verlängern. Es gibt auch Vertreter der Behörden, die ernsthaft die Auffassung vertreten, daß eine vorübergehend verlängerte Arbeitszeit über acht hinaus als ein Mittel anzusprechen ist, um die momentanen Schwierigkeiten der Betriebsstilllegungen zu beheben. Daß diese Auffassung abwegig ist und daß die Bergarbeiter aus diesem Grunde nicht mit sich reden lassen, ist ihnen öfter mit aller Deutlichkeit vorgetragen worden. Auch die Mittelschen, die der Herr Minister Siering in seinem Erlaß für die Angestellten und Arbeiter in Erwägung zieht, sind Vorschläge, die auf falschen Voraussetzungen und einseitiger Informalität basieren. Möge man endlich einmal an andere, ernstlichere Probleme herangehen. Mit gutem Willen und vereinten Kräften müssen und werden diese Schwierigkeiten überwunden. Wenn man allerdings Aussprüche von Zechenvertretern hört, die als Alibi-Mittel die unentbehrliche Schlichtigkeit für die Randzechen bezeichnen, muß man daraus schlußfolgern, daß die Unternehmer die wirtschaftliche Lage als ein Druckmittel zur Verlängerung der Arbeitszeit gebrauchen wollen. Aber auch die Bestrebungen, wie sie bereits 1904, 1913 und 1914 zur Sprache kamen, nämlich Zechen stillzulegen, um die Beteiligungsziffer auf andere nicht voll ausgenutzte Zechen zu übertragen, scheinen erneut aufzuleben bzw. eine Rolle zu spielen. Allen diesen, von rein präkapitalistischen Grundgedanken getragenen Bestrebungen, die das Allgemeinwohl ignorieren, muß mit aller Entschiedenheit von den interessierten Kreisen, den Arbeitern, Angestellten, Vertretern der Gemeinden und Behörden entgegengetreten werden. Es geht nicht an, daß der Privatunternehmer während guter Konjunktur den Profit einfließt, Vändereien und sonstige Besitztümer, ja ganze Wirtschaftsgebiete aufkauft und bei schlechter Konjunktur der Allgemeinheit die entstehende Belastung in Form von Arbeitslosigkeit usw. aufzubringen versucht. Die in guten Geschäftsjahren gemachte Ausbeute muß bis zu einem gewissen Grade dazu verwendet werden, um Reserven anzulegen, um weniger ergiebige Betriebe, die im Interesse der Allgemeinheit noch betrieben werden müssen, zu unterstützen. Weiter muß Bedacht genommen werden auf eine Gerabminderung der verhältnismäßig zu hohen Materialkosten. Der Transportfrage ist die größte Aufmerksamkeit zuwenden. Es muß ferner eine Frachtermäßigung in den Kreis der Erörterung gezogen und durchgeführt werden. Die von dem Regierungspräsidenten und dem Oberbergamt gemachten Feststellungen und die von diesen Stellen der Regierung gemachten Vorschläge zur Vermeidung der Zechenstilllegungen sind von so eminenter Bedeutung, daß die Öffentlichkeit Interesse und Anspruch darauf hat, sie zu erfahren, um dazu Stellung nehmen zu können. Mit der Abwesenheit der momentanen Gefahren der Betriebsstilllegungen kann es allerdings sein, während nicht haben. Die Kohlenwirtschaft ist reif dafür, aus der Interessensphäre der Privatwirtschaft in die der Allgemeinheit überführt

Betriebsräte vor die Front!

Von Karl Stein, Betriebsausschussmitglied auf Zeche Prinz Regent.
Am 30. Oktober 1922 verbreitete sich die Schreckensnachricht, daß auf der Zeche Bruchstraße in Langendreer sieben Arbeiter durch eine Kohlenstaubexplosion zu Tode gekommen seien. Eine Explosion mit einer solchen Wirkung über Tage war fast unglücklich. Erst nachdem durch eingehende Untersuchung einwandfrei nachgewiesen war, daß es sich um eine wirkliche Kohlenstaubexplosion handelte, glaubten es auch diejenigen Kreise, die bis dahin an einer solchen Möglichkeit gezwweifelt hatten. Man muß doch zu der Erkenntnis kommen, daß, wenn angesammelte Kohlenstaubmassen auch über Tage eine solche Gefahr sind, Möglichkeiten geschaffen werden müssen, um angesammelte Staubmengen zu beseitigen oder deren Ansammlung zu verhindern.

Im Jahre 1910 hatte ich die Gelegenheit, in Jena die Zeisjworte zu besichtigen. Der Gründer dieser Werke, Ernst Abbe, war ein sehr sozial denkender Mann, der große, helle Arbeitsräume anlegte und an allen Maschinen, auch den kleinsten, Staubfangvorrichtungen anordnete. Es ist in diesen Werken unmöglich, daß die Arbeiter durch Staub belästigt werden. Wenn in solchen Fabriken schon seit Jahrzehnten derartige Möglichkeiten bestehen, so muß man sich fragen, warum es im Bergbau nicht möglich sein sollte, sich ansammelnde Staubmengen auf ähnliche Art abzuwehren und unschädlich zu machen. In einer Betriebsratsitzung unserer Schachtanlage (Prinz Regent), die sich kurz nach dem Unglück mit dieser Frage beschäftigte, wurden die vorsehend geschäftlichen Gebankengänge zum Ausdruck gebracht. Der Zechenvertreter betonte, daß man schon oft Versuche gemacht habe, jedoch hätte man bisher immer schlechte Erfahrungen gesammelt. Neuerdings sei es einer Firma gelungen, ein verbessertes System zu schaffen, das als brauchbar zu betrachten sei. Es wurde zugesagt, einen dementsprechenden Staubsauger auf unserer Zechenanlage anzulegen. Durch die Befestigung des Ruhrgebietes, mit der gewaltsamen Unterbrechung des Eisenbahnverkehrs, wurde die Montierung verzögert.

Zeit einigen Wochen sind wir in der glücklichen Lage, den in Tätigkeit befindlichen Apparat bewundern zu können. Die sonst vor Staub stehende Bühne ist vollständig staubfrei; unterhalb der Bühne sind nur noch einige kleinere technische Mängel zu beheben (durch Leeres Abkleiden und Verdichten), jedoch ist auch dort alles staubfrei. Der Apparat ist sehr einfach in seiner Konstruktion. Unterhalb der Apparatvorrichtung sind Trichter angebracht mit Plechrohrleitungen verbunden. Diese münden in einen auf dem Dache angebrachten größeren Kessel. Ein Erhitzer, elektrisch betrieben, sorgt dafür, daß die Staubmengen in die Trichter hineingezogen werden. Es werden täglich rund drei Tonnentonnen Staub auf diese Weise der Luft entzogen. Diese Mengen können weiter verkauft (an Bierereien) oder sonstige verbraucht werden. Auf diese Weise macht sich die Anlage von selbst bezahlt und wird noch zur Gewinnmacht für den Unternehmer. Es mußte erst das fürchterliche Unglück auf Zeche Bruchstraße passieren, ehe sich die maßgebenden Personen mit solchen Fragen beschäftigten.

Auf den Zechen sind in den übrigen Tagesbetrieben, z. B. in der Schmelzerei, in den Kesselschmelzereien, Schmieden, Schlossereien, Benzolfabriken, Ammoniakfabriken usw. nirgends Staub- oder Säurefanganlagen angebracht. Wird man einen Blick in die technischen Zeitschriften, so findet man dort ein Instrument immer schöner als das andere, in denen Neuerungen aller Art auf diesem Gebiet angepriesen werden. Es steht z. B. ein Instrument von Tanneberg & Co. (Berlin), das mir sofort auffällt, weil diese Firma die Staubfanganlage auf unserer Zeche ausgeführt hat. Es sind da Anlagen für Schmelzereien schon durch Zeichnungen dargestellt, die Staub und Späne an bestimmte Sammelpunkte ableiten. Ein Schauer geht über meinen Körper, wenn ich an einen jungen Kameraden aus unserer Schmelzerei denke, der seit Monaten wegen Lungenerkrankung krank liegt, sehr dessen wertvolles Leben, das sich um Unterhaltungsgegend bemüht und frage man unwillkürlich, ob nicht der rechtzeitige Anwendung von Staubfanganlagen in der Schmelzerei ein blühendes Menschenleben erhalten werden konnte. Der Raum dieser Zeitung erlaubt es nicht, auf alle Dinge näher einzugehen, die unter diesem Thema der Arbeiterschutzmänner stehen. Die Bergwerksdirektoren scheinen zu glauben, daß solche Neuerungen und Selbstverständlichkeiten für ihre Betriebe nicht nötig seien. Ihnen fehlt für solche Dinge das notwendige Verständnis. Ihre Hauptaufgabe scheint darin zu bestehen, die Arbeiter und die Betriebsräte zu schikanieren und den Organisationsvertretern bereitlich zu machen, daß aus wirtschaftlichen Gründen einige Größeren Lohnabzug gemacht werden müssen.

Den Betriebsräten ist zu raten, sofort den Kampf in ihren Betrieben aufzunehmen gegen Staub- und Säuregefahr, auch für die Uebertageanlagen, die bisher sehr steinmütterlich behandelt wurden. Diese Arbeiterschutzanlagen müssen eingeführt werden. Der Kammer darf keine Rolle spielen. Es liegt hier ein großes Arbeitsfeld für die Betriebsräte offen, die in dieser Arbeit nicht erlahmen dürfen. Die Unkenntnis über den schädlichen Wirtschaftsgang dürfen für uns nicht maßgebend sein, denn für uns muß die Erhaltung der Gesundheit unserer Kameraden die vornehmste Pflicht sein. Wo die Zechenverwaltungen sich widerspenstig zeigen, muß die Bergbehörde angerufen werden. Die Gewerbeinspektionen scheinen in einzelnen deutschen Bezirken Wandel eingeführt zu haben. Dort sind allgemein derartige Staubfanganlagen eingeführt. Warum noch nicht im Ruhrgebiet? Der Berliner Arbeiter kennt keinen Betrieb ohne solche Anlagen. Die Regierungsstellen sollten sich auch einmal intensiver mit dieser Frage beschäftigen. Es ist bisher schon mehr als genug am Volkstörper gekümdigt worden.

Gegen das Prämienystem.

Vom Gesamtbetriebsrat der Staatszechen des Direktionsbezirktes Reddinghausen erhalten wir nachfolgende Zitiert:

Nachdem im Staatsbergbau von Seiten der Verwaltung ohne jede Mitwirkung der gesetzlichen Angestelltenvertretungen bei der Vorbereitung ein Prämienystem ab 1. August für sämtliche Angestellten eingeführt worden ist, macht sich bei der gesamten Angestelltenchaft bereits der größte Widerstand bemerkbar. Auf den einzelnen Schachtanlagen haben Betriebsversammlungen der Angestellten stattgefunden und das Prämienystem einmütig abgelehnt. Am 11. August traten u. a. auch die Angestellten der Schachtanlage Zwickel zusammen, die ebenso wie diejenigen der Schachtanlage Scholven in einer Entschiedenheit sich an die Öffentlichkeit wenden. Diese lautet:

In der am 11. August 1922 stattgefundenen Betriebsbesprechung der technischen und kaufmännischen Angestellten der Schachtanlage Zwickel wurde bedauert, daß die Verwaltung des Staatsbergbaues trotz zugegebener guter Leistungen glaubt, durch ein Prämienystem für die Angestellten einen Anreiz zur Pfrichterfüllung schaffen zu müssen. Die Verhältnisse auf den Privatzechen und nicht zuletzt auf den Staatszechen haben bis 1918 in einer solchen Weise die Ungebilligkeiten eines Prämienystems bewiesen, daß nach der Revolution die sämtlichen Bergbauangestellten mit elementarer Gewalt sich dieses Systems entzogen.

Die Angestelltenchaft besitzt soviel Disziplin und Ehrgeiz, daß sie ohne ein Anreizsystem ihre Pflicht zu erfüllen weiß und muß in der Wiedereinführung von Prämien ein Mißtrauen gegen sich und eine Verleumdung in solcher Zumutung erblicken.

Gegen die Ausschaltung der Mitwirkung der gesetzlichen Betriebsvertretung bei der Vorbereitung dieses Systems wird entschieden Widerspruch erhoben.

Für alle nachteiligen Folgen in bezug auf die Sicherheit im Bergbau werden diejenigen Kreise gegenüber der Öffentlichkeit sich verantworten müssen, welche ein solches System ausarbeiten und diktatorisch einführen. Es wird erwartet, daß sich die berufenen Körperchaften, die Arbeitsämter für den Ruhrbergbau, Grubenoberbergschäft, Amt, Landesministerium und der Preussische Landtag dafür einsetzen, daß im Staatsbergbau das am 1. August diktatorisch eingeführte Prämienystem im Interesse von Leben und Gesundheit der Belegschaft abgeschafft und den Angestellten ein solches Einkommen gesichert wird, das sozial und wirtschaftlich zeitgemäßesten Verhältnissen miß-

stens in gleichem Umfange Rechnung trägt, wie dies durch die Besoldungsordnung der Staatsbeamten bereits anerkannt ist.

Die Bergarbeiter stehen hinter diesen Forderungen der Angestellten. Es ist beklagenswert, daß ausgerechnet auf den Boden des Staates in einer derart unqualifizierten Weise versucht wird, das Leistungsproblem zu lösen.

Lohnschiebspruch für den Ruhrbergbau. Südliche Randzechen.

In Nr. 32 der „Bergarbeiter-Zeitung“ vom 9. August d. J. wurde mitgeteilt, daß in der vom Zechenverband angebahnten Verhandlung über Erhöhung des tariflichen Lohnuntererschreitungsprozentsatzes für die südlichen Randzechen die Arbeitnehmervertreter sich auf die Unzulässigkeit berufen haben, eine gültige Lohnordnung gegen den Willen einer Vertragspartei zu ändern. Darauf hatte, wie ebenfalls mitgeteilt wurde, der Zechenverband die Lohnordnung zum 30. August gefällig. Eine Verständigung in der Verhandlung am 21. August war bei dem gegenwärtigen Standpunkt der Parteien nicht möglich. Die Verhandlungen der im Anschluß hieran von uns wegen gebildeten Schlichtungskammer wurden auf Antrag der Arbeitnehmervertreter vertagt auf den 2. September, weil diese wegen den Streitfragen mit den in Frage kommenden Mitgliedsvertretern nochmals Zuhörung nehmen wollten. Eine Einigung war auch in der Verhandlung am 2. September nicht zu erreichen. Es wurde mit den Stimmen der Arbeitgebervertreter folgender Schiedspruch gefällt:

1. Die Lohnordnung für das rheinisch-westfälische Steinkohlenrevier vom 1. Juni 1921 wird vom 1. Sept. 1921 an wieder in Kraft gesetzt.
2. Die in der Lohnordnung festgesetzten Löhne der Bedingearbeiter und Schichtführer dürfen auf folgenden südlichen Randzechen unter-
schritten werden:

Um 5 Prozent auf Schürbank und Charlottenburg, Herbeder Steinkohlenbergwerken, Adler einschl. Prinz Wilhelm, Carl Friedrich Erbstollen, Zählhäuser Tiefbau, Freie Vogel und Ueberhoff, Friedrichs Nachbar, General, Mündauflegen, Hamburg und Franziska, Salzwinkel, Heinrich (Ueberhub), Röttgenhagen, Prinz Friedrich, Prinz Regent, Rheinische Anthrazit-Kohlenwerke, Schleswig-Vollstein, Dammbaum, Wendahlbank, Müller Friedrich, Mündauf-Tiefbau, Wansfeld V, Wier Sellweg, Admiral, Constanze, Wassen.

Um 8 Prozent auf Alte Haase, Kletted, Klansenburg, Caroline (Hohleweide), Teufelsand, Vorteseigen, Hammrath, Johannisberg, Topppe, Victoria (Mufferdreh), Gibraltar-Erbstollen, Wintener Bergbau, Wöhrerbuch.

(Erklärungsfrist der Parteien läuft einschl. Montag, den 8. u. 21.)
gez.: Wehlich.

In einer Sitzung der am Tarifvertrag beteiligten Arbeitnehmerverbände wurde zu dem Schiedspruch Stellung genommen. Das Ergebnis der Aussprache war wie folgt: Mit dem weiteren Fortbestand der bisherigen Lohnordnung hätten sich die Arbeitnehmerverbände einverstanden erklären können. Auf Grund der in Ziffer 2 des Schiedspruchs getroffenen Regelung müssen sie jedoch denselben ablehnen. Die dort vorgesehenen Prozentsätze sind für die betroffenen Arbeiter fast untragbar, weil die Lebenshaltungskosten in den in Frage kommenden Erzkreisen, wenn nicht sogar teurer, so doch in der Mehrzahl fast gleich mit denen der übrigen Erden des Ruhrgebietes stehen. Ferner sind für das Einbeziehen von Zechen in die südliche Randzechenliste nicht mehr die ursprünglich angeführten Gründe maßgebend gewesen, sondern Gründe, die mehr oder weniger auch für die Zechen im mittleren und nördlichen Revier zurechen können. Auf Grund dieser Tatsache ist die Zahl der namentlich als südliche Randzechen geltenden Zechen bedeutend erhöht worden. Die Notwendigkeit, das in diesem Ausmaß zu tun, kann von den Organisationen nicht anerkannt werden.

Volkswirtschaftliche Rundschau. Die letzten Micumverhandlungen. Die Neuordnung der Kohlenlieferungen. — Wegfall der Kohlensteuer. Abbau der Micum.

In der Verhandlung der Zechenkommission mit der Micum am 2. September wurde über die noch ungeklärten Punkte Uebereinstimmung erzielt. Der Ruhrbergbau verpflichtet sich zur Fortsetzung der Reparationslieferungen an Medien und Nebenprodukten nach dem von der Reparationskommission aufgestellten Programm. Die Bezahlung erfolgt zu denjenigen Preisen, die durch die Verhandlungen der Reparationskommission mit der deutschen Regierung demnachst festgelegt werden. Es wurden angeordnete Abschlagszahlungen vorgeseher; der Wegfall der Kohlensteuer und der Abgaben auf Nebenprodukte wurde unter gewissen Voraussetzungen vom 2. September ab in Aussicht gestellt.

Die allgemeinen Bureaus der Micum werden am 1. Oktober geschlossen. Zum gleichen Termin haben die Micumbeamten ihre Kündigung erhalten. Die Direktoren der Micum werden sich gleichfalls nur noch bis zum 15. Oktober hier aufhalten.

Nach Auflösung der Micum werden demnachst Verhandlungen zwischen der deutschen Regierung und dem Bergbau einerseits und der Reparationskommission sowie den in Essen verbliebenen Beamten der Micum andererseits stattfinden, um Abmachungen zu treffen über die Sorten und Mengen der von Deutschland zu liefernden Reparationskohlen und über die Art der Bezahlung.

Kredite für den Ruhrbergbau. Amerikanische Kredite in Höhe von 10 Millionen Dollar.

Die „Frankfurter Zeitung“ meldet, daß sich eine amerikanische Finanzierungs-gesellschaft mehrerer Banken, die Equitable Trust Company in New York, bereit erklärt hat, dem Ruhrbergbau einen Wechselkredit in Höhe von 10 bis 15 Millionen Dollar zu einem Diskontsatz von 6 Prozent zu geben. Der Vertrag soll zunächst auf ein Jahr abgeschlossen werden. Für die deutschen Banken, welche die Bürgschaft unterschreiben sollten, soll eine Provision von 3 Prozent gezahlt werden. Der Ruhrbergbau bekommt mit diesem Kreditabkommen die Möglichkeit, die teuren einheimischen Bankkredite abzustoßen.

Den Alten zur Ehr	Jubiläumstafel	Den Jungen zur Lehr
Zahlstelle Zwickel: Gottlieb Büchel. Zahlstelle Braud: Anton Gloda, Gustav Langewitz, Eward Schorf. Zahlstelle Großhauflingen: Gustav Schöne. — Am 1. August feierten die der Zahlstelle Brebenjeid angehörenden Kameraden Feint. Hagenbood und Gustav Eggemann ihr 35jähr. Verbindungs-jubiläum. Zahlstelle Verrißch: Otto Verbands.		
Zur Beachtung: Allen Verschrifteten für die Jubiläumstafel müssen Angaben über innewegende Verbandsämter der Jubilare enthalten. Andere Angaben werden nicht berücksichtigt. Wer nie Verbandsfunktionen ausübte, kann nicht berücksichtigt werden.		

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 37. Woche (vom 7. bis 13. September) fällig. Wir bitten alle Kameraden um pünktliche Zahlung der Beiträge.

Bücherrevision.
Sterkrade II. Vom 15. bis 30. September.

Achtung Ostdeutschland! In der folgenden Woche beginnen wir mit der Revision der Mitgliedsbücher. Den Anfang machen die Wutisch-dorfer Kohlenwerke und Liepena in der 37. Beitragswoche (vom 7. bis 13. September). Kassierer und Revisoren ziehen die Bücher ein. Alle Kameraden müssen die Arbeiten unterstützen, indem sie rechtzeitig ihre Bücher abgeben.

